

SPD demokratischer pressediens

XXI/123

Juli 1976

Kontinuität in der Entspannungspolitik

Zur Regierungsantwort an die Sowjetunion

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Vorsitzender der Kommission für Internationale
Beziehungen beim SPD-Vorstand und Staatsminister
im Auswärtigen Amt

Seite 1 / 41 Zeilen

Unser Optimismus für Europa gründet auf Realitäten

Horst Seefeld neuer Präsident des Deutschen Rates
der Europäischen Bewegung

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses
des Bundestages

Seite 1a / 39 Zeilen

Die Union hat der Jugend nichts zu bieten

Eine Bilanz der bildungspolitischen Debatte des
Bundestages

Von Björn Engholm MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und
Wissenschaft

Seite 2 und 3 / 64 Zeilen

Ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung

Reform des Familiennamenrechtes ab 1. Juli in
Kraft

Von Hilde Schimschock MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 4 / 36 Zeilen

"Freiheit" - wie sie Strauß versteht

Das warnende Exempel um Dr. Franz Heubl

Von Manfred Schmidt (München) MdB
Stellv. Vorsitzender der Landesgruppe bayerischer
Abgeordneter in der SPD-Bundestagfraktion

Seite 5 und 6 / 52 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 88
Telex: 08 58 848 - 49 ppon d

Kontinuität in der Entspannungspolitik

Zur Regierungsantwort an die Sowjetunion

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Vorsitzender der Kommission für Internationale Beziehungen beim
SPD-Vorstand und Staatsminister im Auswärtigen Amt

Die Bundesregierung hat am 1. Juli 1976 die Erklärung der sowjetischen Regierung vom 22. Mai 1976 beantwortet. In dieser Antwort wird unsere eigene grundsätzliche Haltung zu den Voraussetzungen und Möglichkeiten des Fortgangs der Entspannungspolitik dargelegt. Die Bundesregierung zeigt bestehende Unterschiede in den Grundkonzeptionen der Entspannungspolitik klar und deutlich auf und weist sowjetische Vorwürfe und Mahnungen zurück, dort wo es notwendig ist.

Die Antwort zeigt aber auch deutlich, daß die Bundesregierung die Absicht hat, die Entspannungspolitik und die Ostpolitik konsequent fortzusetzen. Dieses Dokument hinterläßt keinen Zweifel, daß wir zur Kontinuität dieser Politik stehen. Wir sind daran interessiert, bestehende Schwierigkeiten, die hauptsächlich mit Berlin zusammenhängen, zu überwinden und die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion weiter zu festigen und zu verbessern. Ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion betrachtet die Bundesregierung als einen zentralen Teil ihrer Entspannungspolitik. Seit dem Abschluß des Moskauer Vertrages sind in vielen Bereichen der bilateralen Beziehungen, aber auch im multilateralen Bereich, sehr bedeutsame positive Entwicklungen feststellbar.

Mit ihrer Antwort steht die Bundesregierung in Übereinstimmung mit den Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und ihren Partnern im Bündnis. Der Berlin-Passus der Antwort ist mit den drei Mächten konsultiert worden.

Die SPD begrüßt die Antwort der Bundesregierung. Sie wird der Bundesregierung auf dem Wege der Entspannung unter Berücksichtigung der verschiedenen Gesellschaftsordnungen, Wirtschafts- und Bündnisysteme ihre volle Unterstützung gewähren. Dabei mißt sie der Erklärung Brandt - Breschnjew vom 21. Mai 1973, in der es heißt, "daß die strikte Einhaltung und volle Anwendung dieses Abkommens eine wesentliche Voraussetzung für eine dauerhafte Entspannung im Zentrum Europas und für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den entsprechenden Staaten, insbesondere zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion ist", besondere Bedeutung bei. Zu dieser Politik gibt es keine Alternative.

Die CDU/CSU hat mit ihrer Erklärung vom 22. Juni 1976 versucht, die Bundesregierung zu überrumpeln und die Beantwortung der sowjetischen Erklärung in den Wahlkampf zu ziehen. Ein solcher Alleingang der Opposition gericht der deutschen Außenpolitik zum Schaden. Inhaltlich geht die Erklärung der CDU/CSU hinter Positionen zurück, über die alle Parteien und die Entwicklung seit der zweiten Hälfte der 60er Jahre hinweggegangen sind. Außerdem enthält die Erklärung der Opposition viele unrichtige Tatsachenbehauptungen. Für die von ihr in dieser Erklärung vertretenen Positionen findet die Opposition im Westen keine Unterstützung. Diese CDU/CSU-Erklärung ist einseitig und tendenziös.

(-/1.7.1976/va/pr)

Unser Optimismus für Europa gründet auf Realitäten

Horst Seefeld neuer Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Mit der Wahl des Sozialdemokraten Horst Seefeld zu seinem Präsidenten hat der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung am Mittwoch einen Abgeordneten des Europäischen Parlaments und des Bundestages auf den Schild gehoben, der schon seit langem als Obmann oder in der parlamentarischen Vorarbeit für die nationale Gesetzgebung zur allgemeinen Direktwahl des Europäischen Parlaments unermüdlich Impulse gegeben und Integrationskraft bewiesen hat. Die Europäische Bewegung braucht heute gerade in der Bundesrepublik Männer und Frauen, die nicht Illusionen nachhaken, sondern den Optimismus für Europa auf Realität gründen.

Eine wichtige Realität muß die Notwendigkeit sein, unsere Mitbürger in dauernder, hautnaher Berührung mit den Zielen und Problemen der europäischen Integration zu halten. Mit Horst Seefeld müssen wir uns fragen, ob wir dem einzelnen Bürger wirklich hinreichend klar gemacht haben, was das vereinte Europa für uns bedeutet, und was es für uns bedeuten würde, wenn diese Vereinigung nicht zustande kommt.

Dazu gehört die Frage, ob es uns wirklich gelungen ist, Europa für den einzelnen Menschen attraktiv zu machen, oder ob der Stand der europäischen Integration nicht viel mehr nur die Interessierten befriedigt. Ist das europäische Einigungswerk schon so erfolgreich fortgeschritten und so stark, daß wir es uns leisten können, die Bürger mit oft rein technischen Tätigkeiten einer Bürokratie zu überhäufen und mit der gleichen Selbstverständlichkeit mit ständigen Fehlschlägen zu konfrontieren?

Eine weitere wichtige Realität ist die Tatsache, daß sich im europäischen und im nationalen Bezug seit der Schaffung der Montanunion im Jahre 1950 und seit den Römischen Verträgen von 1957 vieles geändert hat. Wir müssen uns fragen, ob Europa so vollendet werden muß, wie die 'Väter Europas' es sich damals vorgestellt haben. Wie will die Jugend Europa sehen, das vor 25 Jahren von diesen 'Vätern' konzipiert wurde? Muß nicht alles, was wir heute beginnen, mehr der Generation unserer Kinder dienen als uns selbst?

Trotz der noch vielen Rückschlägen der Europapolitik erheblichen Skepsis bei vielen unserer Mitbürger ist für uns deutsche Europäer die Gewißheit stärker geworden, daß Europa für uns lebenswichtig ist. Unsere Entscheidung für Europa ist getroffen. Die daraus folgende Verpflichtung verlangt ein politisches Beharrungsvermögen, das sich doch relativ stützen kann auf einem manifesten Gemeinshaftswillen innerhalb der EG und in ihren Außenbeziehungen. Der neue Präsident des Deutschen Rates wird den europäischen Gedanken noch fester im Bewußtsein unserer deutschen Öffentlichkeit verankern müssen.

(-/1.7.1976/va/pr)

Die Union hat der Jugend nichts zu bieten

Eine Bilanz der bildungspolitischen Debatte des Bundestages

Von Björn Engholm MdB

Mitglied des Bundestagesausschusses für Bildung und Wissenschaft

In teilweise polemischen Fragen hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer Großen Anfrage die Klage erhoben, die junge Generation stehe vor verschlossenen Türen. Die Bundesregierung hat in ihrer Beantwortung und in der "Bildungspolitischen Zwischenbilanz" eine nüchterne Analyse der Erfolge und Schwierigkeiten des deutschen Bildungswesens vorgelegt und die notwendigen Perspektiven aufgezeigt.

Helmut Rohde hat in der großen bildungspolitischen Debatte des Bundestages in dieser Woche noch einmal deutlich gemacht, wo die bildungspolitische Diskussion anzusetzen hat: Einerseits gibt es seit 1969 eine beträchtliche Steigerung der Bildungsausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden von rund 20 Milliarden DM auf heute über 60 Milliarden DM; von je 100 DM Steuereinnahmen fließen 18,50 DM in Bildung, Wissenschaft und Kultur gegenüber 19,50 DM für soziale Sicherung und 10 DM für Verteidigung. Andererseits sind die inhaltlichen Reformen hinter dem quantitativen Ausbau des Bildungssystems zurückgeblieben.

Schwerpunkt der politischen Anstrengungen der nächsten Jahre muß daher die inhaltliche Reform sein. Notwendig sind:

- die Herausführung der Hauptschule aus dem Abseits;
- die bessere Vorbereitung der Schüler auf ihre Berufsentscheidung und die Arbeitswelt;
- die Absicherung und die Erweiterung der Ausbildungsplätze, wesentlich im Bereich der beruflichen Bildung;
- die Entwicklung der Berufsbildung zu einem gleichwertigen Bildungsweg;
- der Abbau des Numerus Clausus
- die Beschleunigung der Studienreform.

Nach wie vor sind auch Benachteiligungen für soziale Gruppen, wie z. B. für Arbeiterkinder erkennbar. Darüber kann die bildungspolitische Diskussion nicht einfach hinweg gehen.

Die Antwort der CDU/CSU, die in den letzten Monaten so oft die Sache der jungen Leute im Munde führte, auf diese konkreten Perspektiven blieb

aus. Der bildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anton Pfeiffer, redete nur davon, es sei die wichtigste Perspektive der nächsten Jahre, Alternativen zum Studium zu entwickeln und überhaupt sei eine Kurskorrektur notwendig.

Man muß fragen, wie die CDU/CSU beispielsweise die Berufsbildung zu einer Alternative zum Studium entwickeln will, wenn sie gleichzeitig - wie in den letzten Jahren permanent unter Beweis gestellt - jede inhaltliche Verbesserung der beruflichen Bildung ablehnt und in ihrem eigenen Gesetzesvorschlag hinter das Gesetz von 1969 zurückfällt. Wohin die Kurskorrektur führen soll, wurde weder bei Anton Pfeiffer noch bei dem CDU-Vorsitzenden und rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Helmut Kohl oder beim bayerischen Kultusminister deutlich. Helmut Kohl hat sich inzwischen völlig auf die Sonthofener Strauß-Strategie des nur Anklagens ohne konkrete Alternativen zu nennen, einschwören lassen. Mit dem bayerischen Kultusminister hat der Mann die Stirn, vor dem Plenum des Bundestages aufzutreten, der bei dem Nein des Bundesrates zum Berufsbildungsgesetz die Regie führte und wesentlich dafür verantwortlich ist, daß der Deutsche Bildungsrat starb und bis heute wegen des Neins aus Bayern jede zentrale Bildungsplanung unmöglich wurde.

So bleibt nach der mehrstündigen Debatte festzuhalten: Die Perspektive der CDU/CSU in der Bildungspolitik ist es, keine Perspektive zu haben; die angeblich notwendige Kurskorrektur entlarvt sich als gefährliche konservative Wende nach dem Motto: "Man hat es oder man hat es nicht." Sprich: Man kommt intelligent zur Welt oder beschränkt!

Die CDU/CSU möchte die heutigen Probleme dadurch lösen, daß weiterführende Bildung wieder ein Privileg weniger wird. Alle Diskussionsbeiträge der CDU/CSU-Redner durchzog ein gefährliches Elite-Denken.

Es ist bemerkenswert, daß diese konservative Wende von der CDU/CSU ausgerechnet zu dem Zeitpunkt gefordert wird, zu dem erstmalig in der deutschen Geschichte beispielsweise ein Arbeiter die reale Chance hat, ein Kind nicht nur so lange zur Schule zu schicken wie er muß, sondern so lange er und sein Kind das wollen. Für die Sozialdemokraten kommt es darauf an, die konkreten Lebenschancen auch durch mehr Bildungschancen weiter zu verbessern und die Probleme des Bildungssystems durch Überwindung der inhaltlichen Versäumnisse zu lösen.

(-/1.7.1976/mls/a/pr)

Ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung

Reform des Familiennamensrechtes ab 1. Juli in Kraft

Von Hilde Schimachok MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Die Reform des Ehe- und Familienrechts bringt auch die längst fällige Änderung der Bestimmungen des BGB hinsichtlich unseres Namensrechts. Längst fällig, weil das bis zum 30. Juni d.Js. geltende Namensrecht nicht mit dem Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes - Männer und Frauen sind gleichberechtigt - in Einklang stand. Der Gleichheitsgrundsatz läßt es nicht zu, daß der Frau einseitig und in jedem Fall die Namensänderung zugemutet wird. Die Frau konnte bisher lediglich ihren Geburtsnamen dem Ehenamen, der immer der Name des Mannes war, anfügen. Ihr war es nicht möglich, ihren Namen fortbestehen zu lassen, weil Kinder immer den Namen des Vaters erhielten.

Der Familienname ist das sichtbare Zeichen für die Zusammengehörigkeit und Zugehörigkeit des Einzelnen zu seiner Familie und dient mit dem Vornamen der Unterscheidung von anderen Individuen. Außerdem wird durch den Familiennamen die Einheit der Familie ausgedrückt. An diesen Grundsätzen hält auch das reformierte Namensrecht fest. Die Ehegatten werden also weiter einen gemeinsamen Familiennamen führen. Der Automatismus aber, daß der Mannesname Kraft Gesetzes immer der Familienname wurde, ist beseitigt worden. Jetzt sollen die Ehegatten ihren gemeinsamen Familiennamen selbst wählen können, und zwar haben sie die Möglichkeit, zwischen dem Geburtsnamen der Frau und dem Geburtsnamen des Mannes zu wählen. Dieser Name gilt dann auch für die Kinder. Sie werden keinen Doppelnamen führen.

Vor der Eheschließung werden die Verlobten von dem Standesbeamten gefragt, welchen Familiennamen sie führen wollen. Geben sie keine Erklärung ab, dann wird der Mannesname der Familienname. Der Ehegatte, dessen Geburtsname nicht Familienname wird, soll seinen Geburtsnamen voranstellen können. Durch diese Bestimmung soll die Einheit zwischen dem Vornamen und Geburtsnamen bzw. dem z.Zt. der Eheschließung geführten Namen erhalten bleiben. Damit wird z.B. für Berufstätige, die vor der Eheschließung einen hohen Bekanntheitsgrad erreicht haben, die Möglichkeit geschaffen, diesen Namen weiterzuführen. Von dieser Bestimmung können rückwirkend alle Frauen, die ihren Geburtsnamen angefügt oder auch nicht angefügt hatten, durch eine Erklärung gegenüber dem Standesbeamten Gebrauch machen. So kann z.B. eine Frau, die bis zur Eheschließung Gerda Meier hieß und Heinz Schulte, dessen Name zum Familiennamen gewählt wurde, heiratet, sich Gerda Meier-Schulte nennen. Wird der Geburtsname der Frau zum gemeinsamen Familiennamen gewählt, so hat selbstverständlich auch der Mann die Möglichkeit, seinen bisher geführten Namen dem Familiennamen voranzustellen. (-/1.7.1976/va/pr)

+ + +

"Freiheit" - wie sie Strauß versteht

Das warnende Exempel um Dr. Franz Heubl

Von Manfred Schmidt (München) MdB

Stellv. Vorsitzender der Landesgruppe

bayerischer Abgeordneter in der SPD-Bundestagesfraktion

"Grundlage unserer Politik ist die christliche Ethik - im weitesten Sinne", sagte Franz Josef Strauß auf dem GSU-Parteitag in München. Wer sich darunter nichts Rechtes vorstellen konnte, dem wurde nun nach dem Motto "ein Beispiel erklärt mehr als 1000 Worte" Aufklärung zuteil.

Das Lehrbeispiel betrifft den Umgang unter "Brüdern" - im weitesten Sinne - versteht sich.

Wer den bayerischen Minister für Bundesratsangelegenheiten kennt, der weiß, daß Dr. Franz Heubl im Weißwurstkeller der Bayerischen Vertretung - die er gerne nach Duodezfürstenart seine "Residenz" oder die "Bayerische Botschaft" nennt - bayerische Gastlichkeit pflegt, die von Freund und Feind gerne in Anspruch genommen wird. Der Hausherr liebt es, im Gespräch mit "Anderegläubigen" und Journalisten in die Rolle des liberalen, weltläufigen und gebildeten Bayern zu schlüpfen und diese voll auszuspielen.

Wird der Abend länger und beginnt die "enthemmende Plauderdroge" zu wirken, so verblaßt bei Heubl manchmal das sonst allgegenwärtige Bild seines Parteivorsitzenden, und der Stellvertreter fühlt sich gleich Muhamed Ali als der Größte und Stärkste. Seine Worte liegen dann auf der Ebene: Wenn ich will, ist Strauß kein Problem mehr; oder: Sage er meinem Vorsitzenden, er könne mich in der Bayerischen Botschaft besuchen.

Heubels politische Gegner machten - offensichtlich im Gegensatz zu seinen Brüdern und Parteifreunden - von solchen Sprüchen nur einen unziemlichen Gebrauch. Man billigte sich selbst und dem Hausherrn zu, im Weißwurstkeller unkontrolliert Dampf abzulassen (Majestätsbeleidigung eingeschlossen).

Der große Vorsitzende - offensichtlich dienstbeflissen über die Umtriebe informiert - wartete als echter Waldmann auf eine günstige Gelegenheit. Solange Heubl nur bellte, schien diese nicht günstig, zumal Heubl anderer-

seits bei passender Gelegenheit eine scheinbar totale Ergabenheit gegenüber Strauß an den Tag legte. Wüchsten anders zum Geburtstag Glück, sprach Heubl ein Gebet. Er betete den Vorsitzenden an: "Du bist die Partei!"

Dann machte Heubl den langerwarteten Fehler. Er bellte nicht nur, er versuchte zu beißen, um das Wohlwollen des Vorsitzenden der anderen christlichen Partei zu erzielen, der an vielen Blessuren leidet, die ihm sein bayerischer Konfrater geschlagen hatte. Heubl legte sich politisch quer und unterlief z. B. die Polen-Strategie seines Vordermannes.

Dies war für Strauß der Übergang von der Majestätsbeleidigung zum Hochverrat. Nach historischen Vorbildern mußte Heubl nach Canossa pilgern. Vor versammeltem Parteitag mußte Heubl sich selbst entäußern, totale Ergabenheit schwören und sein Rückgrat auf einem silbernen Tablett servieren.

Doch es half alles nichts. Seine häretischen Thesen, in weiser Voraussicht peinlichst genau festgehalten, verbunden mit der Darstellung seiner Amtsführung, die einer Hinrichtung gleichkommt, wurden der Öffentlichkeit zugespield. Gespräche mit einem angeblichen Geheimdienstmann, die nur auf wundersame Art dem nachrichtendienstlichen Dschungel entwunden werden konnten, verbreiteten um Heubl den Nebel des Zwielfichts.

Die Bannerträger des Slogans "Freiheit oder Sozialismus" hatten eine Kostprobe ihres "freiheitlichen Umgangs" untereinander geliefert. Die unheilige Inquisition hatte nun von Heubl auch noch verlangt, er sollte bekennen, daß er die Anklageschrift selbst in Auftrag gegeben habe. Er hat inzwischen dementiert, aber die politisch Andersgläubigen erfaßt ein Schaudern. Wer so mit seinen Freunden verfährt, wie wird der erst die "Hexen jagen - wenn er die Macht dazu bekommt! (-/1.7.1976/mie/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller